

Vandenhoeck & Ruprecht

Heft 1 | 2014 | ISSN 2191-995X

INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



Die 1980er Jahre

Interview mit Andreas Rödder »Durchbruch der Globalisierung« Franz Walter
Jungliberalismus in den 1980ern Nicole Falkenhayner Burning Books in
Baggy Pants Martin Sabrow »Aufarbeitung« als Paradigma Hans-Joachim Lang
Theodor Eschenburg und die Enteignung Wilhelm Fischbeins

EDITORIAL

≡ Felix Butzlaff/Katharina Rahlf

Die 1980er Jahre? Im Rückblick wirken die Jahre zwischen der zweiten Ölkrise und der deutschen Wiedervereinigung noch wenig klar charakterisierbar, jedenfalls deutlich unschärfer als die 1960er und 1970er Jahre. Vielleicht ist dies schlichtweg dem Gang der Dinge geschuldet: Zu Beginn des neuen Jahrtausends rückten, nachdem zuvor das Jahrzehnt der Studentenrevolte im Fokus stand, zunächst die 1970er Jahre in den Blick, schrieben Historiker und Literaten an ihren Einordnungen und Interpretationen.

Nun also, der Logik der endenden Archivsperrfristen folgend, gelangt das Jahrzehnt von Helmut Kohl, Tschernobyl und den Yuppies in den Fokus. Nicht zuletzt auch deswegen, weil das Interesse am retrospektiven Erforschen der Zeitgeschichte von der Zugehörigkeit zu bestimmten Geburtsjahrgängen gespeist wird. Dem kann sich auch die *INDES*-Redaktion kaum entziehen: Ein Großteil der Redaktionsmitglieder ist während der 1980er Jahre aufgewachsen oder geboren worden, so dass eine autobiografische Anknüpfung die Neugierde weckt. Zumal: Einen Konsens darüber, was die 1980er Jahre denn nun waren, welche Bedeutung sie für uns haben und wie wir sie begreifen können, gibt es eben *noch* nicht. Die 1970er Jahre haben mit den Arbeiten von Axel Schildt, Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Konrad H. Jarausch und nicht zuletzt Gabriele Metzler Gestalt angenommen, sind plastisch und in ihrer Bedeutung für uns verständlich und fassbar geworden. Ähnliches fehlt – jedenfalls in dieser Ausführlichkeit – für die 1980er bislang noch.

Denn es handelt sich um ein Jahrzehnt, in dem in Deutschland und Europa viele Entwicklungen erstmals mit Macht und neuer Dynamik an die Oberfläche drängten, die uns gleichwohl bis in die heutigen Tage prägen: von dem Bewusstsein für Umweltverschmutzung, Ressourcenknappheit und der Skepsis gegenüber vermeintlichen Zukunftstechnologien über die (erneuten) Debatten um Frieden und Atomkrieg bis hin zu den »neuen« Diskussionen um Staatsverschuldung und neuliberale Wirtschaftsparadigmen, welche mit den Regierungsübernahmen von Reagan und Thatcher nun auch an der Wahlurne mehrheitsfähig wurden. Zudem aber sowohl gesellschaftlich als auch in der Perspektive der einzelnen Menschen eine Art »neue Globalisierung« und Moderne, von der *Andreas Rödder* im Gespräch mit uns erzählt.

Die Jahre zwischen der iranischen Revolution und dem Ende des Kalten Krieges sind also mitnichten lediglich eine Periode des konservativen

Rollbacks, einer Verlängerung der 1970er Jahre oder gar einer vermeintlichen »geistig-moralischen Wende« – sondern vielmehr eine Zeit, in der sich das Versanden älterer und die Geburt neuer Entwicklung überschritten und überkreuzten. Die Analyse eines ganzen Jahrzehnts ist dabei natürlich immer ungemein schwierig zwischen zwei Heftcovern zu kondensieren. Uns treibt die Erkundung eines Zeitgefühls an, wir wollen gewissermaßen ein Dekaden-Kaleidoskop erstellen. Dieser (Retro-)Perspektive, den drängenden Fragen der 1980er Jahre selbst und was davon einerseits prägend blieb, was andererseits klanglos versandete – dem wollen wir uns mit unserem Heft widmen.

Unsere Idee von *INDES* bringt es dabei mit sich, über die Analyse politischer Großereignisse hinaus sehr vielfältige Ansätze zu versammeln, um ein solches Kaleidoskop in all seinen schimmernden Facetten entstehen zu lassen: Dazu zählen verschiedene wissenschaftliche Blickwinkel und Perspektiven ebenso wie die Stimmen Beteiligter oder die literarische Reflexion. Einen Anspruch auf systematische und repräsentative Vollständigkeit kann ein solches Vorgehen folglich nicht erheben, möchte es auch gar nicht. Vielmehr geht es darum, neben dem Einfangen einer Art Jahrzehntegeruches Interessantes, vielleicht Neues und Lesenswertes zu versammeln, das neugierig macht – und auch zeigt, wie verwirrend und auch oft widersprüchlich ein ganzes Jahrzehnt sein kann. Hierzu zählt die ewige Frage nach der Periodisierung, danach, wie lang und von wann bis wann »die Achtziger« eigentlich waren, ebenso wie die Betrachtung kleiner Details oder internationaler Zusammenhänge.

Mit *Andreas Rödder* im Gespräch haben wir den Auftakt gemacht, haben uns vorgetastet – wie können wir die 1980er eigentlich fassen und welche Chiffren oder Signets sind möglicherweise charakterisierend? *Frank Uekötter* betrachtet die »komfortabelste Risikogesellschaft aller Zeiten« und spürt dem irritierenden »Kontrast zwischen materiellen Segnungen und mentalen Phobien« nach, welcher so typisch für das Lebensgefühl dieser Dekade war. *Ulrike Sterblich* hat sich in ihrem Essay ebenfalls in das Lebensgefühl des Jahrzehnts zurückversetzt – aus der Perspektive einer Radiohörerin. *Etta Grottrian* zeichnet die Geschichtsdebatten der 1980er nach, *Miriam Nandi* die feministischen Positionen und *Frieder Vogelmann* die philophischen Diskurse um Verantwortung. *Franz Walter* schildert den Weg der Nachwuchsliberalen von der »jugendlichen Radikaldemokratie zum juvenilen Neoliberalismus«; die Wechselfälle eines singulären Protagonisten der 1980er Jahre illustriert *Matthias Eckoldt* in seinem Porträt Rudolf Bahros. Warum das Starnberger MPI Carl Friedrich von Weizsäcker zur »Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt« gewissermaßen an der »Ungunst

des Augenblicks« scheiterte, erklärt *Ariane Leendertz*. Und *Nicole Falkenhayner* blickt zurück ins Jahr 1989, als die Affäre um Salman Rushdies Roman »Die Satanischen Verse« Großbritannien in Aufruhr versetzte. *Jöran Klatt*, *Jasper A. Friedrich* und *Fernando Ramos Arenas* sowie *Matthias Dell* schließlich widmen sich den kulturellen Strömungen und Phänomenen des Jahrzehnts: den Cyberpunks, der Musikszene der DDR sowie dem »Yuppiefilm«. *Norbert Ahrens* erklärt als langjähriger Hörfunkkorrespondent in Lateinamerika die Demokratisierungsprozesse und die Überwindung der Militärdiktaturen auf dem Cono Sur.

In den Perspektiven widmet sich *Martin Sabrow* – passend zum ersten Heft des »Erinnerungsjahres 2014« dem Paradigma der »Aufarbeitung«. In welcher Beziehung der Militärstrategie von Moltke und der Anthroposoph Steiner in den Tagen des Ersten Weltkriegs standen, diese Beziehung portraitiert *Wolfgang Martynkewicz*. *Hans-Joachim Lang* knüpft an die Kontroverse des vorangegangenen Heftes über die Vergangenheit des Politologen Theodor Eschenburg während der NS-Zeit an und dokumentiert dessen Beteiligung an der Enteignung Wilhelm Fischbeins. Zudem stellen *Christoph Hoefl*, *Sören Messinger* und *Jonas Rugenstein* die »Viertelgestalterin« Ayse Massoud vor und präsentieren damit einen Blick in die Studie »Wer organisiert die ›Entbehrlichen?«

Die Bebilderung zu diesem Heft lag – wie so oft – in den Händen von *Julia Kiegeland*. Auch wenn uns das Jahrzehnt noch schwer fassbar, widersprüchlich, facettenreich und schwer auf einen Nenner zu bringen scheint: Mit den Porträts von Pierre Littbarski und Joachim Löw sowie der geradezu ikonografischen Aufnahme Martina Navratilovas verbinden wir beim Anblick sofort eines – die 1980er.

INHALT

- 1 **Editorial**
≡ Felix Butzlaff/Katharina Rahlf
- DIE 1980ER JAHRE**
- >> **INTERVIEW** 7 **»Durchbruch der Globalisierung«**
≡ Ein Gespräch mit Andreas Rödder über die 1980er
als Jahrzehnt der Transformation
- >> **ANALYSE** 18 **Die komfortabelste Risikogesellschaft aller Zeiten**
Der Kontrast zwischen materiellen Segnungen und mentalen Phobien
≡ Frank Uekötter
- 27 **Identität und Orientierung**
Geschichtsdebatten in den 1980er Jahren
≡ Etta Grotrian
- 35 **Cashmere statt Cord**
Von der jugendlichen Radikaldemokratie zum juvenilen Neoliberalismus
≡ Franz Walter
- 47 **Theoretisch virtuos, politisch engagiert**
Gayatri Spivak und der Feminismus der 1980er Jahre
≡ Miriam Nandi
- 53 **Intensivieren, umordnen, explizieren**
Verantwortung im philosophischen Diskurs
≡ Frieder Vogelmann
- 61 **Demokratisierung und Neoliberalisierung**
Die 1980er Jahre in Lateinamerika
≡ Norbert Ahrens
- 70 **Burning Books in Baggy Pants**
Das britische Jahr 1989, Rushdies »Satanische Verse«
und der europäische Islam
≡ Nicole Falkenhayner
- 75 **Cyberpunk**
Die Avantgarde der Science-Fiction
≡ Jöran Klatt

- 84 **»Ich lerne schnell«**
Neoliberale Yuppies im amerikanischen Kino der 1980er Jahre
≡ Matthias Dell
- >> **MINIATUR** 89 **Über Morrissey**
Die Entzifferung der Zeichen in prädigitalen Zeiten
≡ Ulrike Sterblich
- >> **INSPEKTION** 95 **Bedingt eingestimmt**
DDR-Popmusikultur zwischen Autonomie und Anpassung
≡ Jasper A. Friedrich/Fernando Ramos Arenas
- 105 **Ungunst des Augenblicks**
Das »MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt« in Starnberg
≡ Ariane Leendertz
- >> **PORTRAIT** 117 **Ein Gläubiger im Diesseits**
Der Kommunist, Dissident und Prediger Rudolf Bahro
≡ Matthias Eckoldt
- PERSPEKTIVEN**
- >> **ANALYSE** 126 **»Aufarbeitung« als Paradigma**
Vom Aufarbeitungsjahr 2013 zum Erinnerungsjahr 2014 (Teil 1)
≡ Martin Sabrow
- >> **KONTROVERSE** 133 **Theodor Eschenburg und die deutsche Vergangenheit**
Die Enteignung Wilhelm Fischbeins – und was Theodor Eschenburg damit zu tun hat
≡ Hans-Joachim Lang
- >> **PORTRAIT** 145 **Helmuth von Moltke und Rudolf Steiner**
Oder: Von der Notwendigkeit des Krieges
≡ Wolfgang Martynkewicz
- >> **STUDIE** 156 **Ayse Massoud, eine Viertelgestalterin**
Ein Blick in die Studie: »Wer organisiert die ›Entbehrlichen‹?«
≡ Christoph Hoefft/Sören Messinger/Jonas Rugenstein

SCHWERPUNKT:
DIE 1980ER JAHRE



»DURCHBRUCH DER GLOBALISIERUNG«

≡ Ein Gespräch mit Andreas Rödder über die 1980er als Jahrzehnt der Transformation

Herr Rödder, die 1980er Jahre sind ein Jahrzehnt, das erst langsam ins Bewusstsein der Wissenschaft rückt. Wofür steht diese Dekade, was sehen Sie in ihr?

Die 1980er Jahre sind eine der beiden großen Phasen, auf die sich unsere Gegenwart in historischer Perspektive beziehen lässt. Das sind zum einen die 1970er und 1980er Jahre des 20. Jahrhunderts sowie zum anderen die Zeit der ersten Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg. Wir erleben einen Paradigmenwechsel im gegenwärtigen Verständnis unserer Gegenwart. Der klassische Bezugspunkt des Zeitalters der Weltkriege, des Ost-West-Konflikts, der Gewalterfahrung der Diktaturen und der Unterdrückung tritt zunehmend zurück und unsere Gegenwart definiert sich sehr viel mehr über Globalisierung und beschleunigten Wandel. Und da gehören die 1980er Jahre ganz erheblich mit dazu – mit ihrem raschen technologischen Wandel, einem Wandel der politischen Ökonomie und der Finanzmärkte und, damit verbunden, einem grundlegenden Wandel der politischen Kultur.

Oftmals werden Jahrzehnte ja spezifisch charakterisiert. Die 1920er Jahre gelten als »golden«; Gerd Koenen hat die 1970er als »rotes Jahrzehnt« bezeichnet. Was wäre denn so eine Signatur der 1980er Jahre?

Jedenfalls eine ganz andere Signatur, als man zeitgenössisch gedacht hat. Damals meinte man, die 1980er Jahre seien die »windstillen Jahre«, in denen nicht viel passiere und in denen sich eine behagliche Gemütlichkeit der Ära Kohl breitmache. Im Nachhinein sehen wir, dass die 1980er Jahre das Jahrzehnt sind, in dem sich der Durchbruch der Globalisierung angebahnt und vorbereitet hat.

Wo sehen Sie die wichtigsten Veränderungsschübe, welche diesen Charakter unterstreichen?

Die entscheidende Zäsur liegt in den frühen 1970er Jahren, zugespitzt: im Jahr 1973, als der Nachkriegsboom abrupt zu Ende ging. Das bedeutete nicht nur einen ökonomischen Einschnitt, sondern auch einen politisch-kulturellen, indem nämlich die planungsgläubige und zukunfts euphorische Modernisierungsideologie der 1960er zu Ende ging. Diesem Umbruch Anfang der siebziger Jahre folgte zunächst eine Zeit der Suche, der Desorientierung. Die siebziger Jahre wurden daher als Krise wahrgenommen, die nicht zuletzt in der zweiten großen Konjunkturkrise und dem Wettersturz in den Ost-West-Beziehungen Ende der 1970er sowie dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen zum Ausdruck kam. Dieses Krisenbewusstsein wurde im Laufe der 1980er Jahre von einem neuen Zukunfts- und Modernisierungsoptimismus abgelöst, der von der sich durchsetzenden Computerisierung, der sich anbahnenden Internationalisierung, einer günstigen Konjunktorentwicklung und dem heraufziehenden Ende des Ost-West-Konflikts getragen wurde. Insofern sind die 1980er zum Ende hin offen, weil sie einen katalytischen Moment in der Durchsetzung der Globalisierung darstellen, die sich dann nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch einmal massiv verstärkte.

Die 1980er also als ein sehr langes, irgendwie ausfaserndes Jahrzehnt?

Ja. Wobei man aufpassen muss, dass man dieses Denken in Jahrzehnten nicht zu eng fasst. Irgendwann klebt man nur noch Labels auf. Aber die 1980er sind das Transformationsjahrzehnt hin zu den Entwicklungen, die uns bis in die Gegenwart hinein massiv beschäftigen. Und insofern ist es natürlich offen.

Gegensätze traten gleichzeitig auf den Plan: kulturell zum Beispiel die Yuppies auf der einen und die linksalternativen Milieus auf der anderen Seite; politisch die politischen Großprojekte, die mit Thatcher und Reagan auf der einen und Mitterand auf der anderen Seite verbunden sind. Sind die 1980er also geprägt von einem Aufeinanderprallen von Gegensätzen, wie wir es, zumindest in den Jahren seitdem, nicht mehr gesehen haben?

Wenn Sie auf die gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen schauen, insbesondere in der Bundesrepublik in den frühen 1980er Jahren, beispielsweise auf die Debatten um die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen zu Beginn der 1980er, dann sind diese tatsächlich von Polarisierungen und Gräben gekennzeichnet – nicht zuletzt zwischen den sich selbst so nennenden bürgerlichen Kräften auf der einen Seite und den

neuen sozialen Bewegungen auf der anderen Seite. Diese Gräben waren so unüberbrückbar tief, viel tiefer als heute, dass man sich im Jahr 1983 nicht hätte vorstellen können, dass es jemals zu einer schwarz-grünen Koalition in Hessen oder anderswo kommen würde. Dennoch gibt es, wenn wir etwas näher auf die 1980er Jahre schauen, natürlich immer Hauptströmungen und Gegenbewegungen. Wir haben als Überhang aus den 1970er Jahren Protestbewegungen und ein Krisenbewusstsein aus den frühen 1980ern – die Auseinandersetzungen an der Frankfurter Startbahn West, die Proteste gegen Kernenergie in Brokdorf, Wackersdorf oder Gorleben, bis hin zu den Auseinandersetzungen um die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen. In diesen Zusammenhang gehört auch, sozusagen als Nachschlag zum Staatsinterventionismus der Nachkriegszeit, ein Modell wie die Sozialpolitik Mitterrands in den ersten zwei Jahren des Jahrzehnts. Und genau hier wird der Umschlag innerhalb der 1980er Jahre sichtbar: Nach zwei Jahren vollzieht Mitterrand eine scharfe Kehrtwende von einer wohlfahrtsstaatlichen Politik hin zu einer Konsolidierungspolitik. Der französische Fall spiegelt den allgemeinen Übergang der westlichen Industriegesellschaften hin zu einem neuen markt- und stabilitätsorientierten Konsens im Zeichen der sich durchsetzenden neuen Technologien, der sich in den 80er Jahren zunehmend breitmacht. Die USA und Großbritannien der Regierungen Reagan und Thatcher waren die Vorreiterländer, und andere Länder zogen nach. Das ist übrigens auch die Grundlage, auf der man sich überhaupt auf die Europäische Währungsunion hat einigen können.

Worauf schauen Sie, um eine solche Transformation greifbar zu machen?

Als Historiker fährt man immer ganz gut damit, zunächst einmal mit dem alten Schema von Max Weber zu operieren und nach Herrschaft beziehungsweise Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu fragen. Dann ist es sinnvoll, die zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Debatten und ihre Schwerpunkte zu sondieren und diese auf ihre historische Signifikanz hin zu befragen, sei es als empirische Aussagen, sei es als analytische Kategorien. Wenn man dies getan hat, hilft schließlich ein Schuss historischer *common sense*, um das Tableau abzurunden: die pragmatische Erwägung der Frage, was ist eigentlich plausibel und was ist historisch bedeutsam?

Vorstellungen von der Zukunft sagen ja oftmals auch etwas aus über die Befindlichkeiten und Gemütszustände der Gegenwart. Inwiefern sind dabei Zukunftsvorstellungen der 1980er als eine Art Stimmungsbarometer aussagekräftig, und was findet man dort generell an Zukunftsideen?

Wenn wir auf die Nachkriegsgeschichte blicken, dann sehen wir, wie sich in den späten 1950er Jahren und dann stark in den 1960er und frühen 1970er Jahren eine wissenschaftsgläubige, planungsorientierte Modernisierungsideologie ausbildet, die mit Hilfe von Mechanismen wie der »Globalsteuerung«, der »Reformplanung« oder der Kybernetik meinte, Zukunft rational gestalten zu können. Das bricht mit der großen Zäsur um 1973 ab und macht einem Krisenbewusstsein Platz. Und wenn Sie auf die neuen sozialen Bewegungen der späten 1970er schauen, dann ist das vorherrschende Zukunftsbild im Grunde Zukunftsangst: die Angst vor dem atomaren Tod, sei es durch ein explodierendes Kernkraftwerk, sei es durch den Einsatz von Nuklearwaffen – und wenn nicht durch »das Atom«, dann durch den sauren Regen. Und diese sehr krisenhafte Gegenwartswahrnehmung und Zukunftsvorstellung schlägt im Laufe der 1980er in einen neuen Zukunftsoptimismus um, der mit den neuen Technologien heraufkommt und in den 1990er Jahren eine neue Form von Modernisierungsideologien freisetzt, die freilich weniger von staatlicher Steuerung ausgehen als in den 1960er Jahren, sondern von Marktkräften, Netzwerken und Selbststeuerung.

Lassen Sie mich hier einmal einhaken und fragen, wodurch kommt das eigentlich genau? Ist es allein die Technologiebegeisterung?

Am Anfang war die Krise des Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit. Im Moment macht sich gerade in den Geschichtswissenschaften ein, wie ich finde, vereinfachtes Bild breit: Eine Lesart der Nachkriegsgeschichte, die besagt, dass sich in den 1950er und 1960er Jahren ein wohlfahrtsstaatlicher Nachkriegskonsens etabliert habe, der in den 1970er Jahren in den Neoliberalismus umgeschlagen sei, der dann seit den 1980er Jahren implementiert worden sei, Solidaritäten deformiert, Demokratien entkernt und geradewegs in die Krise von 2008 geführt habe – wobei der normative Unterton nicht zu überhören ist. Diese Lesart ist nach meinem Dafürhalten zu einfach, allein schon deshalb, weil man in den 1970er Jahren hat erkennen müssen, dass die Form des keynesianisch inspirierten Staatsinterventionismus schlicht und einfach nicht funktionierte. Insbesondere in Großbritannien, von wo diese Bewegung ja in starkem Maße ausging, herrschte in den 1970er Jahren kein Konsens mehr, sondern eine lähmende Krise. Wofür die 1980er Jahre dann stehen, ist eine Politik der Freisetzung von Marktkräften als Reaktion auf den nicht mehr funktionierenden Interventionismus der 1970er Jahre. Die 1980er sind aber nicht die neunziger und nicht die frühen 2000er Jahre, vielmehr haben sich Entwicklungen verselbstständigt, weil Nachregulierungen ausgeblieben sind. Das aber waren nicht die Jahre Margaret Thatchers, sondern Tony Blairs.

In welchem politischen Klima entwickelt sich denn dieses Neue?

Für uns sehr viel sichtbarer als für die Zeitgenossen ist ein doppelter Bezugsrahmen in den 1970er Jahren. Auf der einen Seite prallen marktliberale und klassisch wohlfahrtsstaatliche Positionen aufeinander, ohne die Kenntnis der weiteren Entwicklung. Als die Regierung Kohl 1982 ins Amt kam, prognostizierten die Gewerkschaften eine neue »soziale Kälte«. Die weitere Entwicklung hat gezeigt, dass, zumindest für die 1980er Jahre in der Bundesrepublik, nichts davon eingetreten ist. Der andere Bezugspunkt – und man muss aufpassen, dass man ihn aus unserer heutigen Perspektive nicht zu sehr aus den Augen verliert – ist immer der Hintergrund der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges. Gerade die frühen 1980er Jahre sind von einer wieder aufgelebten Furcht vor der Bedrohung durch die Gegenseite im »zweiten Kalten Krieg« beseelt.

Frank Uekötter, der in diesem Heft über Angst und Bedrohung schreibt, stellt die 1908er Jahre in England mit einer sehr viel schärferen Polarisierung einem, wie er es nennt, abgedämpften Jahrzehnt in Deutschland gegenüber. Wie kommen eigentlich diese Unterschiede zustande?

Ich würde drei Gründe namhaft machen. Zum einen steckte England in den siebziger Jahren in einer sehr viel tieferen Krise als die Bundesrepublik. Eine flächendeckend nicht mehr funktionsfähige Industrie, das ist das britische Problem, plus die gesellschaftlich-politische Macht der Gewerkschaften, die in der Lage waren, das ganze Land lahmzulegen. Das ist das eine. Das andere sind eine politische Kultur und ein politisches Institutionensystem, die sehr viel kontroversere und konsequentere Entscheidungen möglich machten, wenn man einmal eine Mehrheit hatte. Hinzu kommt freilich der Faktor der Persönlichkeit, und das heißt: Margaret Thatcher. Es gab ja genug Konservative, die einen sehr viel moderateren, kompromissbereiteren Kurs befürworteten. 1981 wurde Thatcher von ihren eigenen Parteikollegen bestürmt, ihren harten Sparkurs zu ändern, und sie antwortete mit dem berühmten Satz: »The lady is not for turning.« In der Bundesrepublik war weder die Krise so tief wie in Großbritannien, noch war Kohl auch nur in Ansätzen so kontrovers wie Thatcher. Kohl war der Inbegriff des »Modells Deutschland« und der »Politik des mittleren Weges«.

Dem gegenüber stand ein hohes Maß an Bürgerpartizipation, insbesondere in den neuen sozialen Bewegungen. Täuscht der Eindruck oder verhalten sich Protest und Engagement über die Zeit wellenförmig? Und wenn ja, wodurch geschieht so etwas?

Wenn es solche Wellen denn wirklich gibt. Wir haben in der Bundesrepublik immer mal wieder Ausschläge von Protest und Partizipation, von der Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in den 1950ern bis zu den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg 1991. Diese Politisierung scheint mir in der bundesdeutschen Geschichte eher eine Ausnahmephase zu sein. Wenn Sie überlegen, dass noch Anfang der sechziger Jahre die Rede davon war, dass die »Studenten von heute« völlig angepasst wären, dann wird schnell klar, dass die Politisierung, die wir mit »68« und den 1970er bzw. frühen 1980er Jahren verbinden, erst in den späten 1960ern wirklich massiv auftritt und in den 1980ern dann wieder abebbt, wobei es nicht nur die Politisierung und die Partizipation der neuen sozialen Bewegungen gegeben hat, sondern ebenso auch die ihrer politischen Opponenten. Auf den Autos klebten ja nicht nur »Atomkraft – Nein danke!«- oder SPD-Sticker, sondern auch CDU- und CSU-Aufkleber, bis zum Konterfei von Franz Josef Strauß 1980. Sehen Sie heute noch ein Auto mit einem Aufkleber einer politischen Partei, wenn es nicht gerade das Wahlkampfmobil der Kandidaten ist? Mir scheint die Zeit von den späten sechziger bis zu den frühen 1980er Jahren eher eine besondere Phase in der Geschichte der Bundesrepublik zu sein, weniger eine zyklische Wellenbewegung. Diese Form der Politisierung hing offensichtlich mit einer bestimmten Phase der Selbstverständigung der bundesdeutschen Gesellschaft zusammen.

Es ist auffällig, dass sich in den 1980er Jahren etwas ballt. Gerade in Bezug auf die eigene Vergangenheit, wenn man an den Historikerstreit und an die Diskussion der Weizsäcker-Rede zum Tag des Kriegsendes denkt, bis hin zu den Debatten um Museumsgründungen. Ist das auch eine Phase, in der generationell dieses Thema der Vergangenheitsbewältigung anders angefasst wird?

Generationell kommt der eigentliche Umbruch erst in den 1990er Jahren mit dem Übergang von der kontroversen »Bewältigung« zur konsensualen »Aufarbeitung« durch die gar nicht mehr beteiligten Nachgeborenen, die heute die NS-Vergangenheit von Ministerien oder Unternehmen untersuchen. Das ist in den 1980er Jahren ja noch anders. Hier stoßen die Flakhelfergeneration der um 1930 Geborenen und die Achtundsechziger aufeinander, wobei die Konfliktlinien auch quer durch die Generationen laufen, so dass wir es nicht nur mit einem Generationenkonflikt zu tun haben. Was wir in den 1980er Jahren allerdings erleben, ist ein Paradigmenwechsel im Geschichtsbild: ein Paradigmenwechsel hin zu den Opfern. Bis in die 1970er Jahre haben Darstellungen zum Nationalsozialismus in aller Regel die Jahre 1933–1939 umfasst und die Frage der Implementation der Diktatur in der deutschen Gesellschaft

thematisiert. In den 1980er Jahren verschiebt sich die Perspektive hin zu den Opfern, insbesondere natürlich im Hinblick auf den Mord an den europäischen Juden. Das verliert man heute leicht aus dem Blick, da uns die gesamte Geschichte und Dimension der Opfer des Holocaust in aller Deutlichkeit vor Augen steht. Als ein wirklich flächendeckendes geschichtsprägendes Element hat sich dies, übrigens auch europaweit, erst in den 1990er Jahren, nach dem Ende des Kalten Kriegs, durchgesetzt. Dieser Wechsel in der Perspektive in den 1980er Jahren geschieht immer noch unter dem Gesamteindruck der Systemkonkurrenz. Ein Beispiel etwa ist das Verhältnis zu Polen: Nach 1990 rückte Polen als Opfer deutscher Gewalt ins Bild, vor 1989 war Polen immer Teil des gegnerischen politischen Blocks.

Was sind denn Generationen, die hier in den 1980er Jahren diese Transformation mitmachen, wodurch sind sie geprägt und welche Werthaltungen ringen da miteinander?

Nach der klassischen Definition Karl Mannheims setzt die Generationenprägung nicht nur ein statistisches Geburtsjahr, sondern immer auch das spezifische Generationenerlebnis voraus. Davon kann man, was die Weltkriege angeht, sicher auch mit Grund ausgehen. Insofern haben wir es in den 1980er Jahren in der alten Bundesrepublik mit drei Generationen zu tun. Da ist die Generation der Soldaten, zu denen auch Helmut Schmidt gehört, die Generation der Flakhelfer, die zuweilen auch die »45er« genannt wird, also die um 1930 Geborenen, die ihre Jugend im Nationalsozialismus erlebt und den Krieg am Schluss möglicherweise als Flakhelfer sogar noch aktiv miterlebt hatten. Und drittens die Achtundsechziger-Generation, der im oder kurz nach dem Krieg Geborenen und nach dem Krieg Aufgewachsenen. Die Generation, die die 1980er prägt, ist in ganz starkem Maße die Flakhelfer-Generation. Ihre Vertreter, ohnehin früh in führende Positionen gelangt, stehen in ihren 50ern und in ihrem Zenit – das typischste Beispiel: Helmut Kohl. Sie bringen übrigens in europapolitischer Hinsicht eine ganz eigene Prägung mit, eine Bereitschaft zur europäischen Integration, wie sie davor bei denjenigen, die sehr viel stärker im klassischen Konzept von Nationen verhaftet waren, aber auch danach bei denjenigen, die die Dinge wieder pragmatischer und nüchterner sehen, so kaum mehr anzutreffen ist.

Womit erklären Sie das?

Die Lehre der »alten Bundesrepublik« hieß »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder deutsche Vormacht« – allerdings in unterschiedlichen Varianten. Die Friedensbewegung stand für die pazifistische Variante, Kohl hingegen für

Westbindung und Bündnisloyalität, die freilich nicht verhindern konnten, dass die Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren immer stärker und mehr und mehr zur europäischen Vormacht wurde – zum Erschrecken vieler Deutscher, von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl. Man muss sich klar machen: Dieses Land hatte den Krieg verloren, es war geteilt worden, es war keine Nuklearmacht, hatte seine Schwerindustrie in den 1950er Jahren vergemeinschaftet – und wurde nun wieder zur zentralen Macht in Europa, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Insofern war übrigens Helmut Schmidts Wort, die Bundesrepublik sei »ein wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg« immer schon im Ansatz falsch. Vor diesem Hintergrund war die Botschaft der 45er-Generation, insbesondere Kohls, diesem Umstand Rechnung zu tragen und Deutschland auf jeden Fall in Europa einzubinden, um eine neue deutsche Vormacht zu verhindern, was sich dann nach der Wiedervereinigung noch einmal erheblich verstärkte.

Kann man hier also schon den Beginn eines ökonomischen Wettstreits mit anderen Ländern erkennen, der bald die Diskussion über Wettbewerbsfähigkeit und Standortbedingungen befeuern sollte?

Diese Sichtweise setzte sich in Deutschland erst in den 1990ern durch. Die deutsche Perspektive in den 1980ern war eine andere: die Vorstellung, dass man mit einer Politik der Haushaltskonsolidierung und der Währungsstabilität die Dinge aus eigener Kraft wieder flott machen könnte. Und dies gelang in der Bundesrepublik in den 1980ern ja auch. Bald nach dem Regierungswechsel von 1982 setzte eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ein, die zunächst eher moderat verlief und in den späten 1980ern in einen veritablen Boom überging. Ende der 1980er Jahre erlebte die Bundesrepublik eine solche Wachstumsphase, dass das Land vor Kraft kaum laufen konnte. Schauen Sie einmal auf die Feiern anlässlich des 40-jährigen Bestehens im Frühjahr 1989: Die Bundesrepublik war noch nie so sehr bei sich gewesen, und allerorten war glücklich und zufrieden die Rede vom »Modell Deutschland«.

Eine historische Erfahrung am Rande: Wenn bislang in Deutschland vom »Modell Deutschland« die Rede war, befand sich das Land gerade auf dem Weg in Strukturprobleme. Und als der »Abstieg eines Superstars« ausgerufen wurde, war das Land schon wieder auf dem Weg nach oben. Insofern ist immer Vorsicht geboten, wenn das »Modell Deutschland« allzu positiv kommuniziert wird.

In den 1980ern war zwar zuweilen von einem »Reformstau« die Rede, aber in den späten 1980er Jahren waren die ökonomischen und sozialen Daten so positiv, dass die Debatte in Deutschland nur sehr verhalten einsetzte. Hinzu

kommt, dass gerade unter dem Eindruck der sozialen Härten der Thatcher-Regierung, gerade aus dem anglo-amerikanischen Ausland, die Bundesrepublik in den 1980er Jahren als das »Modell Deutschland« wahrgenommen wurde, als Musterfall einer prosperierenden und sozial stabilen Wirtschaft und Gesellschaft.

Inwieweit ist denn die geistig-moralische Wende Kohls eigentlich Teil dieser Transformation?

Wenig. Die »geistig-moralische Wende« ist ein Slogan Kohls gewesen, der die meisten von denen, die darauf gehofft hatten, völlig unbefriedigt gelassen hat. Was die Regierung Kohl verändert hat, war erstens, eine Politik der Haushaltskonsolidierung einzuleiten, und zweitens, eine Außen- und Sicherheitspolitik der dezidierten Westbindung und loyalen Bündnispolitik zu betreiben. Das ist aber beides nicht das, was im Zentrum der sogenannten »geistig-moralischen Wende« stand. Wenn es diese in einem Bereich gab, dann in der Familienpolitik, vor allen Dingen mit der Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Rentenanwartschaft, weil ebendies letztendlich eine Strukturveränderung zugunsten der Kindererziehung in den deutschen sozialen Sicherungssystemen darstellte.

Mit der Besserstellung der Frau ...

Schlicht und ergreifend mit der Anerkennung von Familienarbeit in sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht. Das blieb natürlich weit hinter dem zurück, was viele Familienpolitiker immer im Hinblick darauf gefordert haben, Familienarbeit anzuerkennen und gleichzustellen. Aber hier war sozusagen der sozialrechtliche Durchbruch erzielt, dies zumindest im Prinzip anzuerkennen.

Für Sie als Historiker sind die 1980er nicht nur wissenschaftliches Anschauungsgebiet, sondern im Prinzip tragen Sie das immerwährende Ringen zwischen dem Wissenschaftler und dem Zeitzeugen in sich. Wie charakterisieren Sie persönlich für sich die 1980er Jahre?

Die 1980er Jahre sind mein Jahrzehnt! Meine politische Sozialisation ist untrennbar verbunden mit den Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung der Mittelstreckenraketen in den frühen 1980er Jahren. Vor einiger Zeit sah ich eine ganzseitige Zeitungsseite mit einer großen Zahl von Porträtfotos der Beteiligten dieser Kontroverse, sowohl auf Seiten der Friedensbewegung als auch auf der Seite ihrer Gegner – und ich kannte alle sofort beim Namen und hatte eine präzise Erinnerung daran. Insofern: ja, hier liegt eine Spannung vor, die eigene Erinnerung und die

wissenschaftliche Erkenntnis miteinander zu verbinden. Dabei erschließe ich mir über die wissenschaftliche Erkenntnis immer wieder völlig neue und mir ganz unbekannte Welten meiner eigenen Vergangenheit und der Zeit, in der ich gelebt habe.

Inwiefern?

Die historische Betrachtung als Zeitzeuge ist gefährlich und chancenreich zugleich. Natürlich ist die Brille der eigenen persönlichen Erinnerung eine Gefahr, Dinge in einer ganz bestimmten Perspektive zu sehen – angefangen von geglaubten Gewissheiten im Kleinen bis hin zu grundsätzlichen Einschätzungen, die man weitertransportiert. Diese Gefahr gilt im Grundsatz für alle Geschichtsschreibung: Ein Katholik schaut anders auf die Reformation als ein Protestant und ein Mann anders auf die Hexenverbrennung als eine Frau. Aber es gilt natürlich in Hinblick auf die Zeitgeschichte sehr, sehr zugespitzt. Auf der anderen Seite macht die Nähe zum Gegenstand einen besonderen intellektuellen Reiz aus, sie ist eine Herausforderung an die Erkenntnisfähigkeit von Historikern und den Anspruch des Bemühens um Vorurteilslosigkeit, um mit vermeintlichen Gewissheiten wissenschaftlich umzugehen und bislang Geglaubtes durch neu Erkanntes zu ersetzen.

Was macht für Sie die Faszination dieser Jahre aus als jemand, der in der Zeit aufgewachsen ist?

Die Faszination – und das macht die Zeit seit den 1980ern der Zeit vor 1914 ähnlich – liegt in den Vorgängen der Pluralisierung und der Beschleunigung: von Computern über moderne Kommunikationsmittel, Möglichkeiten der Mobilität und des Reisens bis hin zu gesamtgesellschaftlichen Pluralisierungsprozessen. »Radikale Pluralität« hat Wolfgang Welsch dies genannt, wobei die historische Empirie zeigt, dass die gesamtgesellschaftlich verbreiteten Lebensformen sich sehr viel langsamer gewandelt haben als der intellektuelle Anspruch auf den Höhen der philosophischen oder intellektuellen Debatten der Postmoderne. Diese neue Pluralität war zugleich mit großen Unsicherheiten verbunden: Niemand weiß, wohin das Ganze eigentlich geht. Und genau das erleben wir ja auch im Moment – ein Beispiel: Mit einem Federstrich in der *FAS* widerruft Sascha Lobo sein Credo vom Internet als dem Medium einer neuen Demokratie. Je selbstgewisser die Propheten, desto weniger sollte man ihnen glauben. Es hilft nichts: Wir müssen Unsicherheit aushalten, auch die Unsicherheit, wo sich eine zunehmend beschleunigte Entwicklung eigentlich hinbewegt. Das macht die Zeit seit den 1980ern der vor 1914 so ähnlich – und die gegenwärtige Wiederentdeckung der Geschichte

vor 1914 eröffnet zugleich neue Perspektiven für die historische Einordnung und das Verständnis der Gegenwart.

Kann man denn identifizieren, dies als letzte Frage, welche neuen grundlegenden Tendenzen sich seit den 1980er Jahren herausgebildet haben?

Genau diese Frage versuche ich in meinem neuen Buch zu beantworten, das den vielleicht etwas vermessenen Arbeitstitel »Geschichte der Gegenwart« trägt und das zentrale Entwicklungen und Probleme der Gegenwart in ihrer historischen Entstehung und in ihren internationalen Bezügen erklären will. Anfang nächsten Jahres möchte ich damit fertig sein, und nun bitte ich Sie um Nachsicht, dass ich nicht schon heute alles verraten möchte.

Das Interview führte Felix Butzlaff.



Prof. Dr. Andreas Rödder, geb. 1967, ist Professor für Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt Internationale Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Johannes-Gutenberg-Universität. Im akademischen Jahr 2012/13 nahm er die Gerda-Henkel-Gastprofessur an der London School of Economics und am Deutschen Historischen Institut London wahr.

DIE KOMFORTABELSTE RISIKOGESELLSCHAFT ALLER ZEITEN

DER KONTRAST ZWISCHEN MATERIELLEN
SEGNUNGEN UND MENTALEN PHOBIEN

≡ Frank Uekötter

Eine neue Regierung tritt an und verkündet die Wende. Unangefochten von den Wechselfällen der öffentlichen Meinung herrscht fortan ein klarer politischer Kurs. Unverbrüchlich steht die Regierung zum NATO-Doppelbeschluss und zum transatlantischen Bündnis, während die Opposition mit der Friedensbewegung flirtet. Im Innern stehen die Zeichen auf Neoliberalismus: Nach der Misswirtschaft der siebziger Jahren, so die Devise, ist es Zeit für eine neue Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft. Mit Verve nimmt die Regierung den Kampf mit den Gewerkschaften auf, lässt alte Industriezweige sterben und setzt auf den Dienstleistungssektor. Unruhen in armen Vierteln lassen erkennen, wie der neue Kurs die Gesellschaft auseinanderbrechen lässt.

So war das in den 1980er Jahren in Großbritannien, als Thatcher ihr Land auf Neoliberalismus trimmte und im Londoner Stadtteil Brixton die Autos brannten. Als das Jahrzehnt vorüber war, hatten viele Briten das Gefühl, als lebten sie in einem anderen Land. Vergleichbares sagte in Deutschland kaum jemand. Wo in Großbritannien die Konflikte eskalierten, regierte in der alten Bundesrepublik der Ausgleich. Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften gerieten nie zu Kulturkämpfen. Wirtschaftliche Krisenregionen wie das Ruhrgebiet und das Saarland wurden mit Subventionen und aufwendigen Strukturprogrammen aufgefangen. Die vollmundig proklamierte »geistig-moralische Wende« entpuppte sich bald als hohle Phrase. Die Erregung, die Kohls programmatische Formel zunächst auslöste, kann man im 21. Jahrhundert nur noch mit Mühe nachvollziehen.



Wenn man von der Britischen Insel auf die Bundesrepublik schaut, dann wirken die 1980er Jahre wie ein umfassend abgedämpftes Jahrzehnt. Selbst den Verlierern ging es vergleichsweise gut: Ältere Arbeitnehmer, die in die Dauerarbeitslosigkeit abrutschten, konnten auf eine Frühverrentung hoffen. Während Thatcher einen erbitterten Konflikt mit der Bergarbeitergewerkschaft durchstand – laut jüngst freigegebenen Akten ließ sie sogar Pläne für einen Militäreinsatz zur Sicherung der Kohleversorgung erarbeiten –, genossen die Kumpel im Ruhrgebiet politischen Artenschutz. Die beginnende kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus begegnete dem Bundesbürger damals vor allem im Auslandsteil der Zeitung. Daheim standen die Christdemokraten fest zur sozialen Marktwirtschaft.

Das Paradoxe ist jedoch, dass all dies nicht in einer Stimmung resultierte, die von Ruhe und Zufriedenheit gekündet hätte. Ganz im Gegenteil: Vielleicht nie zuvor in der bundesdeutschen Geschichte haben so viele Menschen aus so zahlreichen Gründen so viel Angst gehabt. Wohin man auch schaute, drohte in den 1980er Jahren der Untergang, wahlweise verursacht durch Atomraketen, sterbende Wälder, explodierende Reaktoren oder vergiftete Nahrungsmittel. Die soziologische Theorie der »Risikogesellschaft«, von Ulrich Beck im Tschernobyl-Jahr 1986 veröffentlicht, traf die Zeitstimmung ziemlich gut. Und wem derlei zu links vorkam, der hatte halt Angst vor den Ausländern. In jener Dekade entstand das Klima, in dem nach der Wiedervereinigung die »Asylantenhetze« eskalierte.

Der Kontrast zwischen materiellen Segnungen und mentalen Phobien hat schon die Zeitgenossen irritiert. Einmal mehr feierte die Völkerpsychologie fröhliche Urstände: Bücher über »deutsche Ängste« spürten den Bruchlinien der germanischen Seele nach, und manche ausländischen Beobachter räsonierten darüber, was sich denn da nun wieder im potenziell immer noch fruchtbaren Schoß zusammenbraute. Erst mit der Distanz eines Vierteljahrhunderts wird langsam klarer, dass man seinerzeit ganz einfach eine Krisenerfahrung zu bewältigen suchte. Und da beschränkt Deutschland, gerade im Vergleich mit anderen westlichen Ländern, gar nicht einmal den schlechtesten Weg.

Die Zufälligkeit der runden Jahreszahlen bietet im Falle der bundesdeutschen 1980er Jahre einen ziemlich guten Rahmen. Am Ende steht die Wiedervereinigung, die als Zäsur keiner weiteren Erläuterung bedarf. Der Anfang ist in der bundesdeutschen Erinnerungsgemeinschaft weniger scharf markiert. Der zweite Ölpreisschock 1979/80 hat im kollektiven Gedächtnis weniger Spuren hinterlassen als die Krise von 1973, bei der man unwillkürlich an die leeren Autobahnen und die *Grenzen des Wachstums* des Club of

Rome denkt. Dabei war die zweite Krise gerade in politischer Beziehung weitaus folgenreicher. Eine schwere Wirtschaftskrise erschütterte alle westlichen Industrienationen und provozierte heftige Reaktionen. Innerhalb weniger Jahren wurden die Koordinaten der politischen Landkarte neu definiert.

Das Großbritannien der Thatcher-Jahre war in dieser Hinsicht durchaus typisch. Auch in den USA regierte mit Reagan fortan der Neoliberalismus. In Frankreich setzte Präsident Mitterrand auf eine späte Form des Staatssozialismus, bis ihn die wirtschaftliche Stagnation – hallo, Monsieur Hollande, bitte herhören – zur Kehrtwende und Flucht in die Europäisierung zwang. Das Rätsel der seltsam mutlosen Wende in der Bundesrepublik wird für die Zeitgeschichtsschreibung noch einigen Diskussionsstoff bieten: Lag es an der Lustlosigkeit des Kanzlers, dessen mentale Disposition Hans-Peter Schwarz jüngst in die schöne Formulierung fasste: »Sozialpolitisches Tiefpflügen war nie sein Fall«?¹ Oder fehlte seiner Regierung, die mit allerlei Skandalen und Hickhack startete, das politische Kapital für große Richtungswechsel? Oder hatte seine Amtszeit ihre eigene Gnade der späten Geburt, indem Kohl später begann als Thatcher und Reagan und seine erste Wiederwahl 1987 vom Verfall des Ölpreises beflügelt wurde, der faktisch ein gigantisches Konjunkturprogramm frei Haus bedeutete? Anders als später die Regierung Schröder kam Kohl nie in eine fiskalische Zwangslage, die den Impuls für eine rigide Reformpolitik hätte liefern können. Erst die Wiedervereinigung katapultierte Kohls Amtszeit in eine neue Umlaufbahn.

So fehlte es dem sozioökonomischen Strukturbruch, der sich in den 1970er und 1980er Jahren vollzog, an einem Diskursprojekt. Langsam schlidderte die Bundesrepublik in eine Welt »nach dem Boom«, aber es fehlte an einem entsprechenden politischen Unternehmen, an dem man sich politisch wie intellektuell hätte abarbeiten können.² Während sich in Wirtschaft und Gesellschaft tektonische Verschiebungen abzeichneten, blieb Deutschland in politischer Hinsicht ein behäbiges Volk der Mitte.

Man kann die Heftigkeit, mit der die Bundesrepublik sich ökologischen Gedanken verschrieb, vor diesem Hintergrund als eine Art Ausweichbewegung verstehen: ein Ventil für Ängste und Phobien, die sich an ihrem Ursprungsort, in Wirtschaft und Gesellschaft, nicht so recht ausleben ließen. Wie sollte man über soziale Gerechtigkeit streiten, wenn zugleich Menschen mit 58 in Frührente geschickt wurden? Und irgendwie wirkte es ja auch tröstlich zu erkennen, dass sich hinter dem so ungemein folgenreichen Ende der Industriegesellschaft eine noch bedrohlichere ökologische Krise verbarg. Zudem zeigte sich, dass das Umweltthema, zuvor auf der politischen Agenda eher zweit- oder dritrangig, als politischer Spielball erstaunlich viel zu bieten hatte.

¹ Hans-Peter Schwarz, Helmuth Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 328.

² Anselm Doering-Manteuffel u. Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

Beim Friedensprotest gegen die NATO-Nachrüstung, mit dem die Pro- testgeschichte der 1980er Jahre begann, war Deutschland noch Teil eines allgemeinen westeuropäischen Trends. Mit dem Waldsterben begab sich die Bundesrepublik jedoch auf ihren eigenen grünen Sonderweg: Kein anderes Land des Westens erlebte in den frühen achtziger Jahren einen Boom der Umweltdebatte. Während ökologische Parteien in anderen Ländern schwach blieben und oft etwas sektenhafte Züge trugen, avancierten die bundesdeutschen Grünen zur ersten erfolgreichen Parteiengründung seit den 1950er Jahren. Und es waren ja nicht nur langhaarige Pulloverträger, die sich nun um den blauen Planeten sorgten. Die Kohl'sche Regierung ergründete im Laufe der 1980er Jahre in einer Weise, die zu Beginn des Jahrzehnts kaum ein Beobachter vermutet hätte.

Man hätte sich ein schlechteres Ventil denken können. Tatsächlich gab es in der Umweltpolitik eine Menge Probleme, für die sich um 1980 keine klare Lösung abzeichnete. Zwar hatte die Bundesrepublik schon seit den fünfziger Jahren eine Umweltpolitik der kleinen Schritte verfolgt, bei der Experten, Staatsbeamte und Industrielle sich ohne viel Getöse auf das Machbare verständigten. Aber diese »Umweltpolitik vor der Umweltpolitik« kam Ende der siebziger Jahre an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Man war mit den kostengünstigen Maßnahmen weitgehend durch, zumal in wirtschaftlichen Krisenjahren die Gesprächsbereitschaft der Industrie spürbar schrumpfte. Da kam die grüne Euphorie just zum rechten Moment.

Zahlreiche Umweltprobleme waren technisch leicht zu bekämpfen, nur fehlte der erforderliche politische Wille. Deutsche Kraftfahrzeuge hatten noch keinen Katalysator, sofern sie nicht für den Export nach Amerika nachgerüstet wurden. Kohlekraftwerke wurden noch ohne Rauchgasentschwefelung gebaut, sogar dort, wo – wie im Kraftwerk Buschhaus bei Helmstedt – besonders schwefelhaltige Kohle verfeuert wurde. Beim Müll steuerte man nach Expertenmeinung auf einen eklatanten Notstand zu. Und die Störfälle der Chemiefabriken waren so zahlreich, dass sie es nur im Ausnahmefall in die Nachrichten schafften.

Das machte es freilich nur noch attraktiver, ökologische Themen als Ventil für populäre Ängste zu nutzen. Man konnte tatsächlich etwas bewegen, sehr im Unterschied zur Krise des Sozialstaats und der heraufziehenden Konkurrenz asiatischer Volkswirtschaften, wo niemand eine wirklich gute Antwort hatte. Für einige Jahre wirkte die Umweltbewegung phänomenal erfolgreich: neue Gesetze und Verordnungen, neue Studiengänge und Forschungseinrichtungen, neue Ministerien und Behörden – für umweltbewegte Menschen waren es Jahre wie im Rausch. Am Ende scheiterte sogar das Wiederaufarbeitungsprojekt im

oberpfälzischen Wackersdorf, das Franz-Josef Strauß wie den Beton gewordenen Kategorischen Imperativ des Atomstaats verfochten hatte.

Die Umweltproblematik passte auch gut zur Gemütslage im linksalternativen Milieu, das sich nach den siebziger Jahren zutiefst nach einem populären Thema sehnte. Bei aller Breitenwirkung ökologischer Gedanken ist schließlich kaum zu übersehen, dass die leidenschaftlichsten Umweltschützer, ob im Parlament oder auf den Schornsteinen, stets aus dem linken Teil des politischen Spektrums stammten. Erhellend ist in dieser Hinsicht die Entwicklung der Partei Die Grünen, die nach einer kurzen Zeit ostentativer Überparteilichkeit (»Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«) ihren konservativen Flügel verlor und zu einem Sammelbecken des linksalternativen Spektrums wurde. Das erforderte mancherlei ideologische Umbauarbeit, die von Verfechtern der reinen Lehre leicht als Vulgärmarxismus zu entlarven war. Aber war die Ausbeutung der Natur nicht doch so etwas Ähnliches wie die Ausbeutung der Arbeiter? Gab es nicht auch eine ökologische »Entfremdung«? Und wirkte der Schulterschluss von Staat und Wirtschaft bei der Atomkraft nicht wie eine schulmäßige Verkörperung des staatsmonopolistischen Kapitalismus? Nach den Enttäuschungen der siebziger Jahre waren viele Linke dankbar, wenn sie im Tausch für etwas ideologische Flexibilität ein wahrhaft populäres Anliegen bekamen.

Wie gut die Übertragung funktionierte, kann man daran erkennen, dass das Umweltbewusstsein der 1980er Jahre die soziale Dimension der ökologischen Herausforderung weitgehend ignorierte. Auch in dieser Beziehung war Ulrich Becks »Risikogesellschaft« ein getreuliches Stimmungsbarometer: »Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch«, schrieb Beck.³ Andere Länder waren zu dieser Zeit schon weiter. In den USA entstand seinerzeit die *Environmental Justice*-Bewegung, die sich dem Kampf gegen soziale und ethnische Ungleichheiten bei ökologischen Belastungen verschrieb. Im Globalen Süden hat man ein von allen Kontexten befreites ökologisches Bewusstsein ohnehin nie so recht nachvollziehen können.

Niemand kann behaupten, dass es in Deutschland an einschlägigen Anstößen gefehlt habe. Einer der wichtigsten Bestseller des Jahrzehnts, Günter Wallraffs »Ganz Unten«, führte eindringlich vor Augen, dass sich die Diskriminierung türkischstämmiger Arbeiter auch in einer exzessiven Umweltbelastung dokumentierte. Nur wollte der ökologisch bewegte Mensch eben mehr oder weniger bewusst vor sozialen Fragen fliehen. Und so war es ja auch bequemer. Umweltbewusstsein war in den 1980er Jahren auch ein Weg, soziale Hierarchien zu zementieren und sich trotzdem als kritischer, engagierter Mensch zu fühlen.

³ Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt 1986, S. 48.

Die ökologische Stimmung wäre jedoch möglicherweise ohne große Folgen geblieben, wenn es in den 1980er Jahren nicht eine bemerkenswerte Generation fähiger Politiker gegeben hätte, die mit Tatkraft und Augenmaß grüne Reformen realisierten. Die Bedeutung dieser Funktionseleiten, die als *policy broker* Problembewusstsein in politische Erfolge verwandelten, gehört zu den stillen Geheimnissen der bundesdeutschen Umweltgeschichte: Der Mythos des Bürgerprotests lässt wenig Raum für praktizierende Machiavellisten. Dabei ist bei Lichte betrachtet unübersehbar, dass die deutsche Umweltpolitik ungemein von klugen Technikern der Macht profitierte, die durch eine erfolgreiche Umweltpolitik zugleich die eigenen Karrieren beflügelten. Joschka Fischer, Jo Leinen, Klaus Matthiesen, Monika Griefahn, Fritz Vahrenholt und Klaus Töpfer sind einige der bekanntesten Personen.

Man muss nur einmal die Galerie der deutschen Umweltminister durchgehen, um den Wert des Amtes als Karrieresprungbrett zu erahnen. Das begann schon in den siebziger Jahren: Der erste Landesumweltminister war der spätere bayerische Ministerpräsident Max Streibl, dem seinerzeit ein emsiger persönlicher Referent namens Edmund Stoiber zuarbeitete. Der erste bundesdeutsche Umweltminister Walter Wallmann wurde hessischer Ministerpräsident, Klaus Töpfer Chef des *United Nations Environment Programme*, Angela Merkel wurde Bundeskanzlerin, Jürgen Trittin Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der Grünen, Sigmar Gabriel SPD-Chef und Vizekanzler. Erst mit Norbert Röttgen gab es einen Amtsinhaber, für den im Umweltministerium tatsächlich karrieremäßig Endstation war.

Es war freilich nicht nur die Politik, die in den 1980er Jahren ökologisch in Bewegung kam. Seit der Lebensreformbewegung der Jahrhundertwende hatte Natur nicht mehr eine solche Ausstrahlung besessen, und so sah man die Folgen der grünen Euphorie in zahlreichen Bereichen des Lebens: von persönlichen Briefen, die man am liebsten auf »Umweltschutzpapier« schrieb, bis zum täglichen Brot aus Vollkorn. Experimentierfreudige Konsumenten entdeckten den Biolandbau, während sich der Ottonormalverbraucher vor dem nächsten Nahrungsmittelskandal fürchtete. Die Erregung über gepanschten Wein aus Österreich, der mit dem Frostschutzmittel Diethylenglykol gesüßt worden war, füllte 1985 ein ganzes Sommerloch. Anders als bei der Lebensreformbewegung, die viel von einem lustvollen Aufbruch besaß, fällt in jenem Jahrzehnt ein starkes Element der Angst ins Auge: vor skrupellosen Geschäftemachern, vor lethargischen Behörden und ganz allgemein vor »Chemie«.

Die grünen 1980er Jahre zahlten sich für die Bundesrepublik auch international aus, als sich am Ende des Kalten Krieges ein kurzer Boom der internationalen Umweltdiplomatie entwickelte. Auf dem Erdgipfel von Rio de

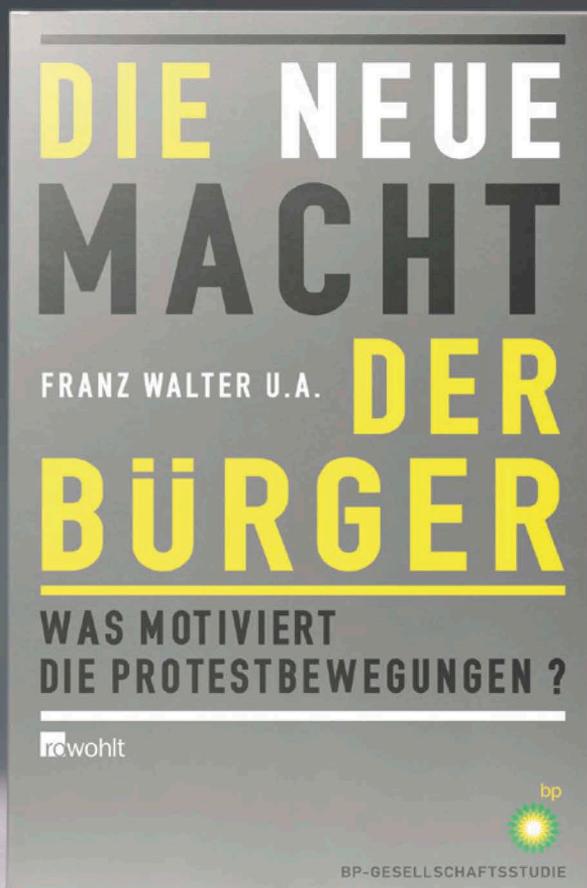
Janeiro 1992 gehörte die Bundesrepublik zu den umjubelten Vorreitern, und inzwischen lässt sich durchaus so etwas wie ein grüner Nationalstolz erkennen. Und warum auch nicht? Es ist gewiss nicht die übelste Legitimation, die Deutschland in seiner jüngeren Geschichte für patriotische Anwandlungen gefunden hat.

Es ist wenig verwunderlich, dass die grüne Euphorie Gegenreaktionen provozierte. Die offenkundige Lust an der Apokalypse, die diffusen Existenzängste der Wohlstandsbürger, die moralisch-politische Aufladung von Alltagsthemen von der Mülltrennung bis zur Plastiktüte – an intellektuellem Futter für Kabarettisten und Renegaten hat es der Umweltbewegung fürwahr nicht gefehlt. Die bundesdeutsche Gesellschaft der 1980er Jahre wirkt im Rückblick wie eine Risikogesellschaft *de luxe*: Wenn man von den Steueroasen absieht, dann gab es in jener Dekade nicht viele Länder auf der Welt, in denen sich die Bewohner so wenig bedroht fühlen mussten wie in der Bundesrepublik. Immerhin haben bislang keine Partei und kein Verband von Gewicht versucht, aus dieser Einsicht politisches Kapital zu schlagen. Für weltanschauliche Glaubensfragen arbeitete man sich lieber an 1968 ab als an den 1980er Jahren. So entstand in diesem Jahrzehnt ein ökologischer Grundkonsens, der inzwischen ein gutes Vierteljahrhundert stabil geblieben ist. Die Nonchalance, mit der sich derzeit die britische Regierung von allen ökologischen Obligationen zu lösen scheint, wäre in Deutschland jedenfalls undenkbar.

Deshalb könnte man geneigt sein, bei allen Überzeichnungen und Verzerrungen doch eine gewisse Milde walten zu lassen. Auch hinter schrillen Tönen war doch stets ein legitimes Anliegen zu erkennen: Es gab eigentlich kein einziges populäres Umweltproblem, bei dem sich die Erregung retrospektiv als bloße Hysterie abkanzeln ließe. Der Wald war ja tatsächlich durch Säureregen bedroht, Chemieunfälle waren real, und auch der atomare Super-GAU blieb bekanntlich keine Fiktion. Wenn man sieht, wie ökologische Themen andernorts zum Rohmaterial für neoliberale Weltanschauungskonflikte wurden, besitzt das grüne Deutschland eine wohlthuende Sachlichkeit.

Die Kosten der grünen Euphorie machen sich bislang eher unterschwellig bemerkbar. So steckt die Diskussion über die Gentechnik immer noch in den Stereotypen der 1980er Jahre fest, als sie das Etikett »Risikotechnologie« verpasst bekam. Öffentliche Debatten über forstwirtschaftliche Themen kranken noch immer am Klischee des durch Säureregen dahinsiechenden Waldes. Die soziale Blindheit unseres ökologischen Bewusstseins entpuppt sich mehr und mehr als Achillesferse der deutschen Umweltbewegungen im 21. Jahrhundert. Die jüngst aufkeimende Strompreisdebatte, die die deutsche Umweltszene kalt erwischt hat, ist da ein eindrückliches Memento.⁴

4 Zu den Anachronismen im bundesdeutschen Umweltdiskurs ausführlich Frank Uekötter, Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2011.



DIE NEUE MACHT DER BÜRGER

Was motiviert die Protestbewegungen?

Viele Menschen in Deutschland erheben Einspruch: Sie protestieren gegen die Errichtung neuer Stromtrassen und Windräder, gehen auf die Straßen gegen den Ausbau von Flughäfen und Bahnhöfen, zelten gegen Kapitalismus und Bankenmacht. Sie gründen Initiativen gegen neue Schulformen, demonstrieren gegen Zensur im Internet und gegen Atomkraft. Die Bundesrepublik kommt in Bewegung. Was gibt es, das die unterschiedlichen Proteste verbindet? Zeugen sie von einer Herausforderung für die Demokratie oder vielmehr von deren Lebendigkeit? Was treibt die Beteiligten an?

Von Hamburg bis München: Diese Studie unternimmt eine Reise quer durch die deutsche Protestlandschaft und interviewt die Aktiven vor Ort. Wofür oder wogegen engagieren sie sich? Was erhoffen sie sich von der Demokratie? Und wie ist ihr Blick auf Politik und Gesellschaft? Herausgekommen ist ein tiefer Einblick in die aktuellen Protestbewegungen und die Gedankenwelt der Aktivist:innen. Die pauschalisierende Diskussion über die „Wutbürger“ erhält damit eine wissenschaftliche Grundlage.

Diese Studie wurde initiiert und gefördert von der BP Europa SE und betreut durch KMW outrage management. KMW steht für die Partnerschaft von Peter Klemm, Dr. Lutz von Meyerinck und Ulrich Winkler. Alle drei Partner des Unternehmens verfügen über langjährige berufliche Erfahrung in Industrie und Verbänden, an den Schnittstellen zu Politik, Medien und öffentlichen Einrichtungen. Sie unterstützen Unternehmen, staatliche Stellen und Organisationen in der Krise und bei der Schaffung von Prozessen und Strukturen zu einem verantwortlichen Krisenmanagement.

ISBN: 978-3-525-80006-5



9 783525 800065

KMW Outrage Management

TEL: 040 - 4696-7667

TWITTER: @outragemanager

WEB: www.outrage-management.de

MAIL: info@outrage-management.de

